

25.07.2019

Kleine Anfrage 2811

des Abgeordneten Stefan Kämmerling SPD

Welche Bundesbehörden sollen im Rheinischen Revier angesiedelt werden?

Auf Grundlage der Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ liegen nun Eckpunkte für ein Strukturstärkungsgesetz vor. 15 Mrd. Euro Strukturhilfen soll NRW in den nächsten 20 Jahren erhalten. Zudem soll das Land auch Eigenmittel aufbringen. Die parlamentarischen Beratungen beginnen im Bundestag und im Bundesrat nach der Sommerpause. Als eine Maßnahme sollen in den nächsten 10 Jahren 5.000 Arbeitsplätze durch Bundesbehörden in den Braunkohlerevieren geschaffen werden.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Bundesbehörden sollen im Rheinischen Revier angesiedelt werden?
2. Wie viele Arbeitsplätze sollen dadurch geschaffen werden?
3. In welchem Zeitraum ist eine Ansiedlung geplant?
4. Welche Standorte zieht die Landesregierung für die Bundesbehörden in Betracht?

Welche wirtschaftlichen Effekte erhofft sich die Landesregierung durch die Ansiedlung von Bundesbehörden für das Rheinische Revier?

Stefan Kämmerling

Datum des Originals: 25.07.2019/Ausgegeben: 30.07.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de